

Präsidentin dringend gesucht: Frauennetzwerk droht das Aus

Präsidium Der Verein «frauenaargau» sucht seit Monaten eine Nachfolge für die abtretenden Co-Präsidentinnen Connie Fauver und Sandra-Anne Göbelbecker. Bisher vergebens

VON STEFANIA TELESKA

Seit September 2018 ist bekannt, dass Connie Fauver und Sandra-Anne Göbelbecker das Präsidium des Vereins «frauenaargau» Mitte 2019 abgeben werden. Die Suche nach geeigneten Nachfolgerinnen verlief bisher aber erfolglos, wie der Verein in seinem aktuellen Newsletter schreibt: «Etliche Gespräche mit interessierten Frauen wurden geführt, jedoch konnte bis heute keine Nachfolge gefunden werden».

Stichtag ist der 30. Juni. Können das Präsidium bis dorthin nicht besetzt werden, so werde «frauenaargau» an einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung aufgelöst, schreiben die Co-Präsidentinnen Fauver und Göbelbecker im Namen des Vereins. «Das wäre das schlimmstmögliche Szenario.»

Gesucht ist eine Macherin

Dass es nicht so einfach ist, Nachfolgerinnen zu finden, liege auch daran, dass die Vorstandsarbeit in Vereinen viel Zeit braucht, sagen die Co-Präsidentinnen: «Geeignete Frauen sind häufig schon engagiert oder haben eine andere Mehrfachbelastung.» Zudem sei die Vernetzung über die Parteigrenzen hinweg nicht immer einfach und brauche einen langen Atem. «Als erstes muss man die nötige Zeit für dieses Amt zur Verfügung haben», beschreiben Fauver und Göbelbecker die Kriterien für die Nachfolge. Zudem sollte die Person Wissen über gleichstellungsrelevante Themen mitbringen und Interesse haben an nationaler und regionaler Politik. «Wichtig ist aber auch, dass die Person eine Macherin ist und Vernetzungsarbeit über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg spannend findet», sagen die Co-Präsidentinnen.

Verein mit Geschichte

«frauenaargau» gibt es unter diesem Namen seit 2012, seither teilen sich Connie Fauver und Sandra-Anne Göbelbecker das Amt als Co-Präsidentinnen. Früher hiess der Verein «FrauenLands-Gemeinde». Die Idee für das überparteiliche, aargauische Frauennetzwerk entstand bereits beim ersten Frauenstreik 1991. Die Ziele sind auch nach 28 Jahren die gleichen geblieben. So will



Connie Fauver und Sandra-Anne Göbelbecker haben «frauenaargau» gemeinsam seit 2012 präsiert, jetzt suchen sie eine Nachfolge.
CORINNE RUFLI / ARCHIV

der Verein Frauen ermutigen und stärken, Frauen vernetzen und deren Zusammenarbeit fördern sowie Frauenprojekte initiieren und leiten.

Zwei Mal im Jahr lädt «frauenaargau» alle Aargauer Parteien, Frauenorganisationen und Fachstellen an den runden Tisch. «Dort wird vernetzt, es werden Termine ausgetauscht und gemeinsame Aktivitäten, wie beispielsweise Podien mit Kandidatinnen aus allen Parteien geplant», sagt Fauver. Weiter organi-

«Die Auflösung des Vereins wäre das schlimmstmögliche Szenario.»

Connie Fauver, Sandra-Anne Göbelbecker
Co-Präsidentinnen «frauenaargau»

siert «frauenaargau» einmal im Jahr eine Tagung. «Wir bieten an unseren Tagungen explizit Workshops an, die die Auftrittskompetenz von Frauen fördern», sagte die Co-Präsidentin im Oktober gegenüber der AZ.

Doch 2018 fand zum ersten Mal seit vielen Jahren keine solche Tagung statt. «Leider ist es heutzutage nicht einfach, Personen zu finden, die Lust und Zeit haben, in Zusammenarbeit mit uns als Co-Präsidentinnen eine Tagung zu

stemmen», sagten Sandra Anne Göbelbecker und Connie Fauver damals auf Anfrage. Die nächste Tagung findet am 25. Mai in Aarau unter dem Motto «Helvetia beweg dich! Frauen in Aktion» statt. Es wird die siebte und letzte Tagung unter der Führung von Fauver und Göbelbecker sein.

Ende nach Frauenstreik?

Dass sich die Suche nach einer Nachfolge so schwierig gestaltet, finden die beiden Co-Präsidentinnen schade: «Wir haben in den letzten Jahren viel Zeit und Energie investiert und einiges erreicht.» Sorgen bereite es ihnen aber nicht. «Es ist einfach eine Tatsache, dass wir auf unserer Suche noch nicht erfolgreich waren.» Während den bisherigen Gesprächen mit Kandidatinnen hätten sowohl Fauver als auch Göbelbecker angeboten, dass sie auf Wunsch beide noch ein weiteres Jahr im Vorstand und in der Tagungsvorbereitung mithelfen würden.

Knapp 30 Jahre nach dem ersten Frauenstreik in der Schweiz ist am 14. Juni dieses Jahres ein weiterer Frauenstreik geplant. Das Timing ist besonders bitter, nur zwei Wochen später droht dem Verein «frauenaargau» möglicherweise das Aus.

NACHRICHTEN

BESCHÄFTIGUNG Arbeitslosenquote steigt im Aargau auf 2,8 Prozent

Im Aargau ist die Arbeitslosenquote im Januar um 0,1 Prozentpunkte auf 2,8 Prozent gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich um 476 auf 10 355 Personen. Bei den regionalen Arbeitsvermittlungszentren waren Ende Januar 16 105 Stellensuchende registriert. Insgesamt 2696 offene Stellen waren gemeldet. Davon waren 1480 Stellen oder 55 Prozent meldepflichtig. Die Kurzarbeit verharrt derzeit auf tiefem Niveau. Im Januar beantragten fünf Betriebe Kurzarbeit vier weniger als im Vormonat. Derzeit liegt für 229 Personen im Aargau eine Bewilligung für Kurzarbeit vor. (SDA)

NEUBESETZUNG Psychiatrische Dienste: Verwaltungsrat komplett

An der ausserordentlichen Generalversammlung der Psychiatrischen Dienste Aargau AG (PDAG) ist Heiner Reichlin zum neuen Verwaltungsrat gewählt worden. Der 60-Jährige ist ein Digitalisierungsspezialist, er verfügt über einen Masterabschluss in Medizininformatik mit Auszeichnung. Mit der Wahl von Heiner Reichlin ist der Verwaltungsrat wieder komplett, nachdem Kurt Aeberhard im Juni 2018 zum neuen Verwaltungsratspräsidenten ernannt worden war. (AZ)



CLAUDIO THOMA

bei uns auf und erhielt zu wenig Beachtung.»

Ärzteverband leitet Verfahren ein

Dem Psychiater, der jahrelang Sex mit einer Patientin hatte, droht der Ausschluss aus dem Verband.

VON EVA BERGER

Der Aargauer Ärzteverband hat ein Standesverfahren im Falle des Psychiaters in die Wege geleitete, der wegen Ausnutzung einer Notlage verurteilt worden ist (die AZ berichtete). «Wir haben die Standeskommission eingeschaltet», sagt Jürg Lareida, der Präsident des Verbands, auf Anfrage. Eine mögliche Folge des Verfahrens ist, dass der Psychiater aus dem Verband ausgeschlossen wird und damit seine Mitgliedschaft bei der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte FMH verliert. Das geht aus den Statuten des kantonalen Ärzteverbands hervor, die besagen, dass der Ausschluss unter anderem «durch Beschluss der Standeskommission bei schwerem Verstoß gegen die Statuten oder die Standesordnung der FMH» erfolgt.

In der FMH-Standesordnung ist wiederum festgehalten: «Arzt und Ärztin dürfen ein sich aus der ärztlichen Tätigkeit ergebendes Abhängigkeitsverhältnis nicht missbrauchen, insbesondere darf das Verhältnis weder emotionell oder sexuell noch materiell ausgenutzt werden.»

«Ein Berufsverbot wäre der Ausschluss aus dem Ärzteverband allerdings nicht», stellt Jürg Lareida klar. Für die Erteilung oder den Entzug einer Berufsausübungsbewilligung ist der Kanton zuständig. Der Psychiater praktiziert derzeit im Aargau, dies mit der vom Gericht auferlegten Auflage, während zweier Jahre keine

weiblichen Patienten zu behandeln. Jürg Lareida und der Aargauische Ärzteverband hatten erst durch die Medien vom Fall und vom Urteil gegen den Psychiater erfahren. «Wir konnten die Standeskommission erst einschalten, als klar war, um wen es sich überhaupt handelt», so der Verbandspräsident. Auch mit dem Opfer des Psychiaters sei der Kontakt inzwischen hergestellt worden.

Kantonsarzt weiter in Kritik

Derweil reisst auch die Kritik an Kantonsarzt Martin Roth nicht ab. Die Lenzburger Anwältin Gabriela Müller sagt, sie sei in der Vergangenheit zweimal schriftlich an das zuständige Departement Gesundheit und Soziales gelangt und habe das Vorgehen von Martin Roth in verschiedenen Fällen infrage gestellt. Dies noch in der Zeit, bevor Franziska Roth Departementvorsteherin geworden ist.

«Man übt eine Funktion aus, ohne die Verantwortung für diese Funktion zu übernehmen», sagt Gabriela Müller gegenüber der AZ mit Blick auf den Kantonsarzt. Sie regt an, dass der Kanton eine unabhängige Stelle schafft, um es Opfern zu erleichtern, an die richtigen Behörden zu gelangen. «Heute kann sich ein Opfer nur an einen Kantonsarzt wenden und muss dort angehört werden. Wird es dort nicht ernst genommen, wird es nie an den Regierungsrat gelangen», stellt Müller fest. Regierungsrätin Roth hat für solche Fälle eine Mailbox einrichten lassen (siehe Text links).

Martin Roth wurde bereits von Grossrat und SVP-Fraktionspräsident Jean-Pierre Gallati scharf kritisiert. Der Kantonsarzt ist seit letzter Woche krankgeschrieben und steht für Auskünfte derzeit nicht zur Verfügung.

Spitalfusion in ganzer Nordwestschweiz?

Gesundheitswesen Robert Rhiner, CEO am Kantonsspital Aarau, bedauert das Scheitern der Basler Spitalfusion.

Mit dem Nein der Stimmberechtigten am Sonntag ist die Fusion zwischen dem Basler Unispital (USB) und dem Kantonsspital Baselland (KSBL) gescheitert (die AZ berichtete). Dies wurde auch von anderen Spitälern registriert: «Wir haben das Basler Fusionsprojekt mit grossem Interesse verfolgt, denn die Zusammenführung von Leistungserbringern im Gesundheitswesen ist aus wirtschaftlichen, infrastrukturellen und qualitativen Gründen ein Gebot der Zeit», schreibt Robert Rhiner, der CEO des Kantonsspitals Aarau (KSA), auf Anfrage. Das KSA bedauert das Scheitern, denn «es wäre eine Gelegenheit gewesen, um auf die Problematik der Fallzahlen oder den einsetzenden Fachkräftemangel zu reagieren».

Gespräche über Grossfusion

Rhiner lässt auch durchblicken, dass das KSA interessiert gewesen wäre, sich später dem neuen Gebilde Unispital Nordwest anzuschliessen: Seit 2012 würden solche Diskussionen im Rah-

men des Gesundheitsraumes Nordwestschweiz immer wieder geführt. Jetzt nur mit dem schwächelnden Kantonsspital Baselland zu fusionieren, ist aber keine Option: «Das halten wir nicht für nachhaltig, weil es nicht den gesamten Raum Nordwestschweiz umfasst», so Rhiner. Nur grossräumiges Denken würde eine Verschlingung der heutigen Strukturen und damit eine bessere Wirtschaftlichkeit bringen.

In einem umstrittenen Bereich strebt das Kantonsspital Aarau zwar keine Fusion, aber eine enge Zusammenarbeit mit einem Basler Partner an. Im September wurde publik, dass das KSA die Zusammenarbeit mit der Hirslanden Klinik kündigen und ab 2020 in Kooperation mit dem Unispital Basel selber Herzchirurgie anbieten will. Das USB verfüge über herzchirurgische Fachkompetenz, sei das einzige Spital für solche Eingriffe in der Region Basel und nehme bereits heute Notfallpatienten aus der Nordwestschweiz auf, teilte das KSA mit. Man pflege mit dem Unispital Basel seit Jahren eine gut eingespielte strategische Kooperation, die nun zur «Herzchirurgie Nordwest» erweitert werden solle. Ob das KSA den Leistungsauftrag des Kantons Aargau für die Herzchirurgie erhält, soll sich bis Juni entscheiden. (MN/FH)